

Regierungen sind weit davon entfernt, ihre Klimaziele zu erreichen

geschrieben von Chris Frey | 5. Oktober 2025

H. Sterling Burnett

NPR berichtet über eine neue Studie, die zeigt, dass Länder bei ihren Verpflichtungen zur CO₂-Reduzierung im Rahmen des Pariser Klimaabkommens zurückfallen und weit hinter den Reduktionen zurückbleiben, die die Verhandlungsführer des Pariser Abkommens für notwendig erachteten, um die Temperaturen unter dem vermeintlichen Auslösewert von 1,5 °C für eine Klimakatastrophe zu halten. Obwohl NPR offenbar gerade erst auf diese Tatsache aufmerksam geworden ist, ist dies weder besorgniserregend noch eine Eilmeldung.

Die Tatsache, dass die Welt auf dem besten Weg ist, die Temperaturziele zu verfehlen, gibt keinen Anlass zur Sorge: Das 1,5-Grad-Ziel und sogar das eigentliche Vertragsziel von unter 2,0 Grad waren lediglich erfundene politische Ziele ohne wissenschaftliche Grundlage. Es gibt keine wissenschaftlichen Belege dafür, dass ein Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur (ebenfalls eine erfundene Messgröße) um 1,5 oder 2,0 Grad einen Wendepunkt darstellt, der einen irreversiblen katastrophalen Klimawandel signalisiert, oder dass es überhaupt eine solche auslösende Temperatur gibt oder dass die Pariser Ziele einen solchen Temperaturanstieg verhindern würden. **Diese Behauptungen waren allesamt Erfindungen von Politikern, etablierten Bürokraten und Wissenschaftlern, die mit der Propagierung einer Klimakatastrophe, vor der nur sie uns retten könnten, viel Geld und Einfluss aus der Forschung schöpften.**

[Hervorhebung vom Übersetzer]

Der Bericht von NPR ist für niemanden eine Überraschung, der Climate Change Weekly (CCW) über die Jahre verfolgt hat. Im Dezember 2015, als die Tinte auf dem Pariser Abkommen noch kaum getrocknet war, schrieb ich, dass es sich um einen unverbindlichen Papiertiger handle, der zum Scheitern verurteilt sei. Warum? Weil, wie der damalige Außenminister John Kerry damals sagte, „es keine verbindlichen Reduktionsziele und kein Verfahren zur Durchsetzung und Einhaltung der Vorgaben enthält“.

James Hansen, ehemaliger Leiter des Goddard Institute for Space Studies der NASA und oft als „Vater des Klimawandels“ bezeichnet, äußerte sich noch schärfer zu dem Abkommen und sagte damals gegenüber The Guardian: „Es ist wirklich ein Betrug, eine Fälschung. ... Es gibt keine Maßnahmen, nur Versprechungen.“

Seitdem hat die CCW regelmäßig über die Fortschritte der Länder bei der Erreichung ihrer selbst entwickelten vorläufigen Emissionsreduktionsziele berichtet, und diese Berichte haben kein gutes Licht auf die beteiligten Regierungen geworfen. Die Länder haben nur langsam konkrete Ziele entwickelt, die von ihnen festgelegten Ziele reichen einheitlich nicht aus, um den im Pariser Abkommen festgelegten Temperaturanstieg zu verhindern, und sie haben es nicht einmal geschafft, die wenig ambitionierten Ziele zu erreichen, zu denen sie sich verpflichtet hatten. Außerdem haben sie nur zögerlich neue „national festgelegte Beiträge“ (NDCs) vorgelegt. Was Letzteres betrifft, so war jedes Land gemäß den Bestimmungen des Pariser Abkommens verpflichtet, alle fünf Jahre aktualisierte, strengere Emissionsreduktionsziele beim Sekretariat der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) einzureichen. Diese Anforderung und die jüngste öffentliche Rückkehr vieler Länder zu fossilen Brennstoffen gaben den Anstoß zu dem Artikel von NPR.

Nur wenige der fast 200 Länder, die dem Pariser Abkommen beigetreten sind, haben ihre NDC-Ziele bis zur Frist 2020 eingereicht, und nur etwa 15 Länder haben bis zur ursprünglichen Frist am 10. Februar 2025 aktualisierte NDC-Verpflichtungen [vorgelegt](#). In Verlegenheit verlängerte das FCCC-Sekretariat die Frist bis September, bis zu diesem Zeitpunkt hatte jedoch immer noch nur ein Viertel der beteiligten Länder aktualisierte NDCs vorgelegt, wobei viele der Länder mit den höchsten Emissionen auffällig auf der Liste fehlten.

Abgesehen von den NDC-Verpflichtungen schreibt NPR:

Die Welt produziert zu viel Kohle, Öl und Erdgas, um die vor zehn Jahren im Pariser Abkommen festgelegten Ziele zu erreichen, in dem sich die Länder darauf verständigt haben, die Klimabelastung zu begrenzen und die schlimmsten Auswirkungen der globalen Erwärmung zu vermeiden.

Ein neuer Bericht unter der Leitung der gemeinnützigen Forschungsgruppe Stockholm Environment Institute (SEI) zeigt, dass die Länder planen, im Jahr 2030 mehr als doppelt so viel fossile Brennstoffe zu verbrauchen, als mit der Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius vereinbar wäre.

Der SEI-Bericht zeigt, dass die 20 Länder mit der höchsten Umweltverschmutzung, darunter China, die USA und Indien, tatsächlich planen, noch mehr fossile Brennstoffe zu verbrauchen als vor zwei Jahren, als der Bericht zuletzt aktualisiert worden war.

Der SEI-Bericht beschreibt detailliert die große Kluft zwischen den Zielen des Pariser Abkommens und den tatsächlichen Trends – nämlich einem erhöhten Verbrauch fossiler Brennstoffe trotz der Versprechen, diesen Verbrauch zu reduzieren:

Die Regierungen haben ausdrücklich anerkannt, dass zur Erreichung dieses Ziels ein Ausstieg aus fossilen Brennstoffen erforderlich ist – eine

Schlussfolgerung, die nun durch ein Gutachten des Internationalen Gerichtshofs bekräftigt wurde. Doch zehn Jahre nach dem Pariser Abkommen ist die Lage nach wie vor düster: Insgesamt planen die Länder sogar eine noch höhere Förderung fossiler Brennstoffe als zuvor, wodurch die globalen Klimaziele zunehmend gefährdet sind.

Die in den Regierungsplänen und Prognosen geschätzten Steigerungen des Verbrauchs fossiler Brennstoffe würden dazu führen, dass die weltweite Produktion im Jahr 2030 für Kohle, Öl und Gas um 500 %, 31 % bzw. 92 % über dem Medianwert des 1,5 °C-Konsistenzpfads liegen würde. Diese Pläne und Prognosen überschreiten insgesamt auch die von den Ländern in ihren eigenen Klimaschutzzusagen vorgesehenen Produktionsmengen fossiler Brennstoffe um 35 % im Jahr 2030 und um 141 % im Jahr 2050.

Insgesamt planen die Regierungen nun für 2035 eine noch höhere Kohleproduktion und für 2050 eine noch höhere Gasproduktion als 2023. Die geplante Ölproduktion steigt bis 2050 weiter. Diese Pläne untergraben die Verpflichtungen der Länder aus dem Pariser Abkommen und widersprechen den Erwartungen, dass die weltweite Nachfrage nach Kohle, Öl und Gas unter den derzeitigen politischen Rahmenbedingungen vor 2030 ihren Höhepunkt erreichen wird.

Was das Pariser Klimaabkommen betrifft, so haben die Vertragsparteien ihre Verpflichtungen nicht erfüllt, genau wie schon bei den verschiedenen Klimaabkommen zuvor, beispielsweise dem Kyoto-Protokoll von 1997 und dem 1992 in Rio geschlossenen Erdgipfelabkommen. Und genau wie zuvor sind trotz weiter steigender Emissionen und anhaltender Warnungen vor Kipppunkten und dem Untergang keine katastrophalen Folgen eingetreten.

Regierungen sind größtenteils eigennützig. Wenn sie die von ihren Völkern geforderten Klimaschutzmaßnahmen zu spüren beginnen, finden die Machthaber aus Gründen des Machterhalts Gründe, ihre Wirtschaft durch die weitere Nutzung fossiler Brennstoffe am Laufen zu halten. Oftmals verhängen sie zunächst Opfer für die Wirtschaft ihres jeweiligen Landes, wodurch die Regierung als internationaler Staatsmann und Vorbild für Klimaschutz erscheint. Sie versuchen, ihren Bürgern kostspielige Klimamaßnahmen als gut für den Planeten, die Wirtschaft und die Menschen selbst zu verkaufen. Da diese Maßnahmen jedoch unweigerlich das Wirtschaftswachstum bremsen, Arbeitsplätze kosten und den Menschen Komfort, Wahlfreiheit und manchen sogar ihr Leben rauben, handeln die Regierungen, wenn der Druck zu groß wird, wie ein Teekessel und versuchen, den Druck zu mindern.

Ich habe es schon einmal gesagt: Der Philosoph Thomas Hobbes hat vor Jahrhunderten das Hauptproblem vieler internationaler Abkommen und Verträge erkannt und in Leviathan geschrieben: „Verträge ohne das Schwert sind nur Worte und haben keinerlei Kraft, einen Menschen zu schützen.“

Auf Wiedersehen, Paris – wir haben dich kaum gekannt!

Sources: [NPR](#); [Stockholm Environment Institute](#); [Climate Change Weekly](#); [Climate Change Weekly](#); [Climate Change Weekly](#); [Climate Change Weekly](#)

Link:

<https://heartland.org/opinion/climate-change-weekly-557-epa-is-right-to-rescind-its-greenhouse-gas-endangerment-finding-heres-why/> Zweite

Meldung

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE